

Seit 2013 befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Aufschwung. Kennzeichnend dafür ist, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schnitt mit Raten ausweitete, die über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegen. Damit verringerte sich die Unterauslastung der Kapazitäten kontinuierlich, und die Produktionslücke ist seit 2015 positiv. Dynamik und Triebkräfte des derzeitigen Aufschwungs unterscheiden sich allerdings deutlich von jenen der meisten früheren Erholungsphasen. Der Aufschwung ist lediglich moderat, da die durchschnittlichen Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts vergleichsweise niedrig und nur knapp über der Potenzialwachstumsrate liegen. Der private Konsum entwickelt sich zwar recht kräftig; einen wichtigen Beitrag zu dieser Expansion leistet allerdings der starke Bevölkerungsanstieg der vergangenen Jahre. Je Einwohner gerechnet, entwickeln sich die privaten Konsumausgaben so schwach wie in keinem der Aufschwünge der vergangenen vier Jahrzehnte. Der flüchtlingsbedingte Bevölkerungsanstieg lässt jedoch die Konsumausgaben des Staates kräftig expandieren. Im Vergleich zu früheren Aufschwüngen trägt der Staat seit 2015 maßgeblich zur gesamtwirtschaftlichen Expansion in Deutschland bei. Während die Bauinvestitionen überdurchschnittlich zunehmen, ist die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen eher schwach, was vor dem Hintergrund der außergewöhnlich niedrigen Kreditzinsen überrascht. Einer der Hauptgründe für die moderate gesamtwirtschaftliche Gangart ist der Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen, der in keinem der Aufschwünge der vergangenen vier Jahrzehnte derart gering war. Während in früheren Aufschwüngen wichtige expansive Impulse für die deutsche Wirtschaft aus dem Ausland kamen und sich dann über eine Ausweitung der Unternehmensinvestitionen und Einkommenssteigerungen auf die Binnenwirtschaft übertrugen, sind diese weltwirtschaftlichen Impulse im aktuellen Aufschwung bislang weitgehend ausgeblieben. Die nur zögerliche Erholung der für Deutschland wichtigen Handelspartner im übrigen Euroraum, die deutliche Verlangsamung des Wachstums in China sowie die durch die niedrigen Rohstoffpreise in Mitleidenschaft gezogene Absorptionsfähigkeit vieler Schwellenländer dürften hierfür ausschlaggebend gewesen sein.

Von welchem Konjunkturszenario die Unternehmen für 2017 ausgehen und wie ihre Investitions- und Beschäftigungspläne für das neue Jahr aussehen, beantworteten über 670 Manager aus den Wirtschaftsbereichen Industrie, Bau, Handel und Dienstleistung in der ifo Managerbefragung. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt war die Entwicklung der Geschäftsbeziehungen in die USA während der Präsidentschaft Donald Trumps. Vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen im Herbst 2017 wurden die Unternehmen außerdem befragt, welche wichtigsten Maßnahmen die neu gewählte Bundesregierung angehen sollte. Die Umfrage wurde im Auftrag der *WirtschaftsWoche* im De-

zember 2016 durchgeführt. Der vorliegende Artikel stellt einige ausgewählte Ergebnisse vor.¹

Für 2017 wird ein etwas langsames Wachstum erwartet

Bezüglich der Frage, wie sich die deutsche Wirtschaftsleistung 2017 im Vergleich zu 2016 entwickeln wird (vgl. Abb. 1), sind sich die befragten Manager uneinig: Die Mehrheit, 51%, geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaft langsamer wächst als 2016. Ein etwas geringerer Prozentsatz, 46%, erwartet ein in etwa gleiches Wachstum wie 2016. Nur 3% sind sehr optimistisch und rechnen mit einer kräftigeren Expansion als 2016. Ein Blick auf die verschiedenen Branchen zeigt, dass die Manager im Bau- und Handelsgewerbe pessimistischer sind als der Durchschnitt. In beiden Branchen ist der Anteil derer, die eine niedrigere Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts als 2016 erwarten, etwas höher als im Durchschnitt aller Branchen.

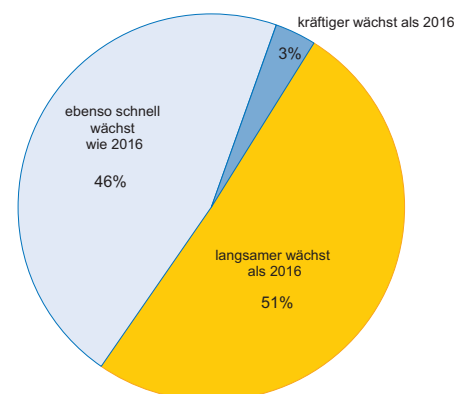
Leicht erhöhte Investitions- und Personalpläne

Etwa die Hälfte der befragten Manager (51%) berichteten, dass sie 2017 ungefähr genauso viel investieren wollen wie 2016 (vgl. Abb. 2). Etwas mehr als ein Viertel gaben an, mehr Investitionen als 2016 tätigen zu wollen. Wie bereits in den Vorjahren werden vor allem die Kapazitäten aufgestockt. 23% der befragten Manager planen, weniger als 2016 zu investieren. Bezüglich der Personalplanung für 2017 berichtete die Mehrheit der befragten Manager (64%) in den vier Wirtschaftszweigen, den Personalbestand voraussichtlich stabil halten zu wollen (vgl. Abb. 3). Der Anteil

¹ Detaillierte Ergebnisse, u.a. aufgliedert nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen, finden sich auf der Website des ifo Instituts unter www.ifo.de/managerbefragung. Die *WirtschaftsWoche* berichtete in der Ausgabe Nr. 53 auf Seite 35 über die Umfrage.

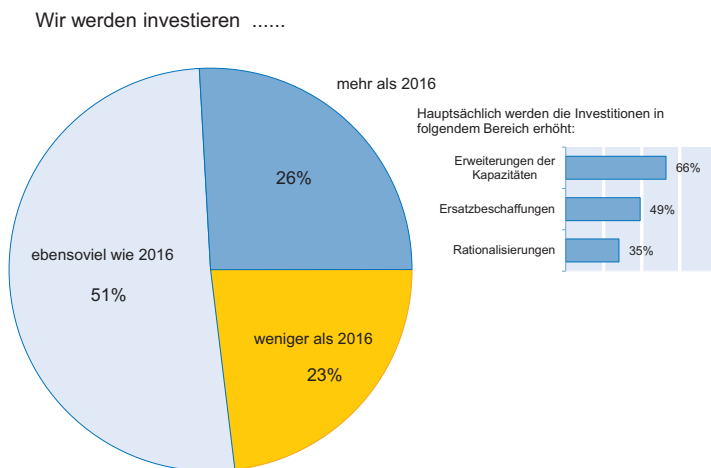
Abb. 1
Erwartungen an das Wirtschaftswachstum im Jahr 2017

Wir gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft 2017



Quelle: ifo Managerbefragung Dezember 2016.

Abb. 2
Investitionspläne der Unternehmen für 2017



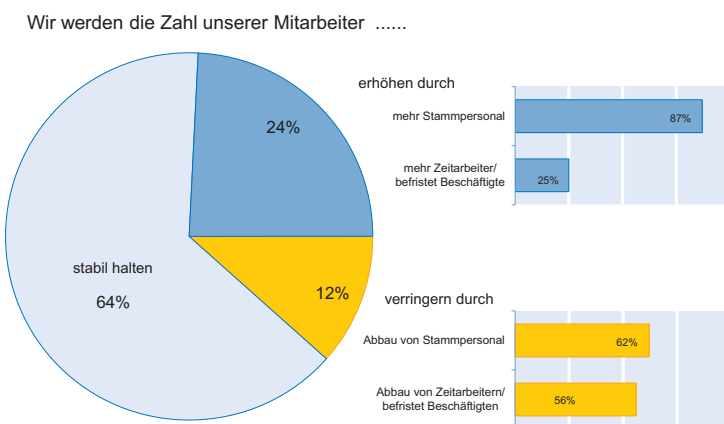
Quelle: ifo Managerbefragung Dezember 2016.

der Befragten, die ihren Mitarbeiterstamm erhöhen wollen, ist mit 24% doppelt so hoch wie der Anteil, die ihn verringern wollen (12%). Sowohl der Personalaufbau als auch der Personalabbau sollen überwiegend durch Erhöhung bzw. Verringerung der Stammebelegschaft erreicht werden. Beim Abbau spielen aber auch Zeitarbeiter/befristet Beschäftigte eine große Rolle. Im Vergleich zur Vorjahresumfrage deuten die Antworten auf etwas expansivere Investitions- und Personalpläne 2017 hin.

Zunehmender Fachkräftemangel und ein Wiederaufflammen der Eurokrise gefährlich für die deutsche Konjunktur

Die zwei größten Konjunkturrisiken sehen die befragten Manager in einem zunehmenden Fachkräftemangel (59%)

Abb. 3
Personalpläne der Unternehmen für 2017



Quelle: ifo Managerbefragung Dezember 2016.

sowie im Wiederaufflammen der Eurokrise (56%) (vgl. Abb. 4). An dritter und vierter Stelle folgen ein global zunehmender Protektionismus und der steigende Einfluss von Populisten auf die Politik (im In- und Ausland) für weitere wahrscheinliche Bedrohungen der Konjunktur. In der aktuellen Umfrage empfinden die Befragten überzogene Lohnabschlüsse diesmal als ein etwas höheres mögliches Risiko (36%) für die Konjunktur als im Vorjahr (24%). Wachstumsschwäche in den Schwellenländern sowie Sorgen über steigende Ölpreise, Zinsen oder Inflation teilen nur wenige Manager. Die Ränge der möglichen Konjunkturrisiken waren in allen Wirtschaftsbereichen recht homogen. Mit Ausnahme überzogener Lohnabschlüsse: Diese erhielten im Bau einen höheren Stellenwert als Konjunkturrisiko als im Durchschnitt aller Branchen.

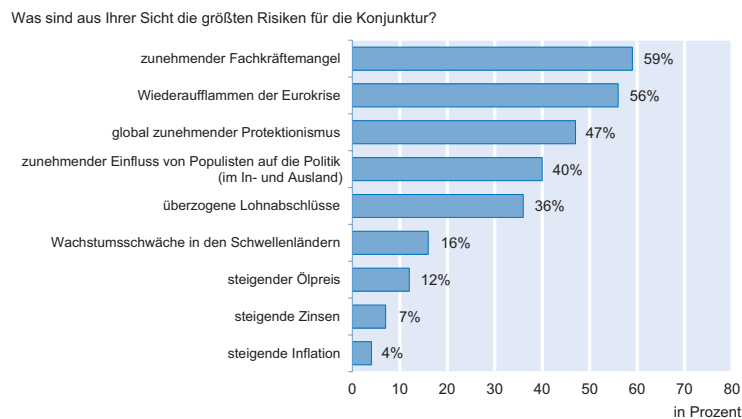
Entwicklung der Geschäftsbeziehungen in die USA während der Trump-Präsidentschaft

Die Frage, wie sich die Geschäftsbeziehungen in die USA unter Trump entwickeln dürften, war für die Mehrheit der Manager irrelevant: Nur 40% insgesamt gaben an, Geschäftsbeziehungen in die USA zu haben (vgl. Abb. 5). Von allen Wirtschaftsbereichen pflegen vor allem die befragten Industrieunternehmen (58%) Geschäftsbeziehungen zu den USA. Von denjenigen, die überhaupt Geschäfte in den USA tätigen, war die Mehrheit der Meinung, dass diese unbeeinflusst von der Trump-Regierung bleiben werden. Per saldo überwiegt allerdings die Meinung, dass sich die Geschäftsbeziehungen unter der neuen US-Präsidentschaft verschlechtern dürften.

Abbau der Bürokratie und Ausbau der Infrastruktur sind Forderungen an die neu gewählte Bundesregierung

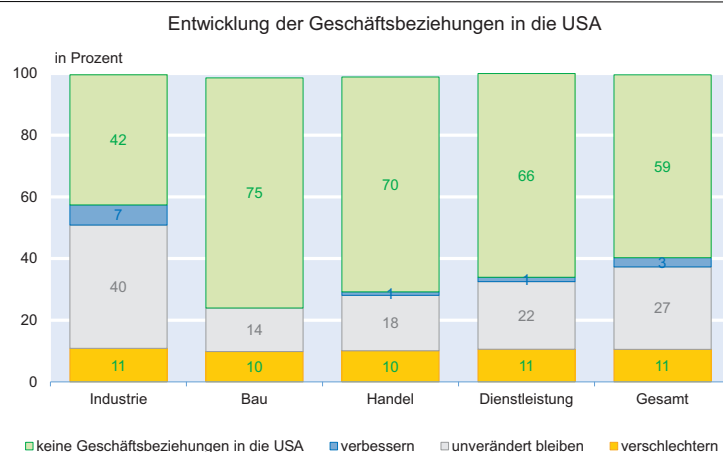
Im Jahr 2017 finden die Bundestagswahlen statt. Aus der Sicht der Manager sind der Abbau der Bürokratie (64%) und der Ausbau von Infrastruktur im Sinne von Verkehr, Digitalisierung und des Breitbandausbaus (56%) die wichtigsten Maßnahmen, die die neu gewählte Bundesregierung angehen sollte (vgl. Abb. 6). An dritter Stelle folgt die Modernisierung des Bildungssystems (46%). Ein Drittel der befragten Manager sorgt sich um die innere Sicherheit durch Kriminalität und Terror und sieht dies als

Abb. 4
Risiken für die Konjunktur



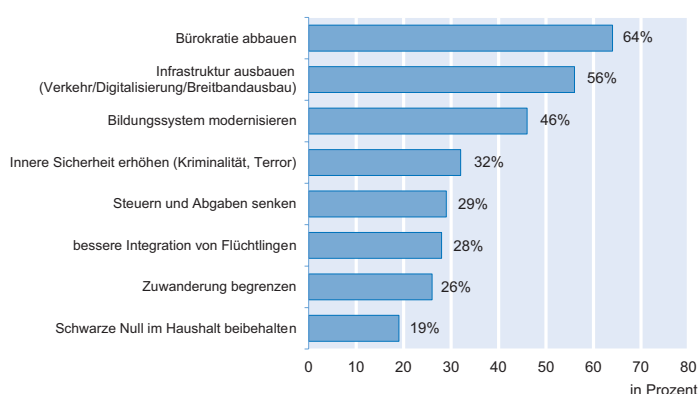
Quelle: ifo Managerbefragung Dezember 2016.

Abb. 5
Auswirkungen der Präsidentschaft unter Trump



Quelle: ifo Managerbefragung Dezember 2016.

Abb. 6
Maßnahmen für die neu gewählte Bundesregierung



Quelle: ifo Managerbefragung Dezember 2016.

viertwichtigstes Thema, dem sich die Bundesregierung widmen sollte. Die Senkung von Steuern und Abgaben, eine bessere Integration von Flüchtlingen und eine Begrenzung der Zuwanderung erhalten jeweils etwas niedrigere Stellenwerte. Die Beibehaltung der »Schwarzen Null« im Haushalt sieht nur etwa ein Fünftel der Befragten als wichtige Maßnahme. Die Ränge der Forderungen waren in allen Wirtschaftsbereichen recht homogen. Mit Ausnahme der Forderung nach einer besseren Integration von Flüchtlingen: Diese steht im Baugewerbe bereits an dritter Stelle der Maßnahmenliste, während dies im Durchschnitt aller Branchen einen niedrigeren Stellenwert erhielt.

Zusammenfassung

Die befragten Manager gehen nicht von einer Beschleunigung des Wachstums im Vergleich zu 2016 aus. Etwa die Hälfte rechnet sogar mit niedrigeren Wachstumsraten. Dies deckt sich auch mit vielen offiziellen Prognosen. Das ifo Institut erwartet für 2017 eine Rate von 1,5% nach 1,9% im Jahr 2016. Was die Investitionspläne betrifft, halten sich wie im letzten Jahr die positiven und die negativen Antworten die Waage. Der Großteil der Unternehmen möchte genauso viel investieren wie letztes Jahr. Hinsichtlich des Personals wollen die Unternehmen allerdings aufstocken, und damit wird sich der stetige Zuwachs an Arbeitsplätzen weiter fortsetzen. Der Fachkräftemangel scheint ein immer wichtigeres Thema für die deutsche Wirtschaft zu werden. Auch die Eurokrise rückt wieder vermehrt in den Fokus. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen und der neuen Regierung wünschen sich die Unternehmen vor allem weniger Bürokratie. Ebenso soll verstärkt in die Infrastruktur und das Bildungswesen investiert werden.